

Filmförderung in Gefahr: Ein kleiner Schritt, doch große Hoffnungen!

Kulturstaatsministerin Claudia Roths Filmförderreform scheitert teilweise. Bundestag verabschiedet das FFG, weitere Maßnahmen bleiben unklar.

Roth, Deutschland - In Berlin bahnt sich eine dramatische Wende in der deutschen Filmförderung an! Am Mittwoch stimmte der Kulturausschuss des Bundestags mehrheitlich dem neuen Filmfördergesetz zu, wodurch die Hoffnung auf eine baldige Verabschiedung im Bundestag am Donnerstagabend und im Bundesrat am Freitag laut **Tagesspiegel** besteht. Doch hier ist Vorsicht geboten: Nur ein Teil der umfassenden Reform, angekündigt von Kulturstaatsministerin Claudia Roth im Frühjahr 2023, wird Realität. Die zwei bedeutendsten Säulen, die Steuererleichterungen für Filmproduktionen und die Investitionsverpflichtung für Streaming-Dienste, kommen vorerst nicht zur Umsetzung, was die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Filmindustrie stark beeinträchtigen könnte.

Ein Aufschrei aus der Branche

Die Filmbranche zeigt sich geteilter Meinung über die Entwicklungen. Björn Böhning, Geschäftsführer der Produktionsallianz, äußerte Erleichterung über die bevorstehende Verabschiedung des Gesetzes und nannte es „eine gute Nachricht in stürmischen Zeiten“. Allerdings bleibt die Unsicherheit groß, denn ohne die als dringend benötigten Tax-Incentives wird Deutschland im internationalen Vergleich hinterherhinken. Dazu erklärte Roth, dass das Gesetz als

„überlebenswichtig“ für die Branche gilt. Ein weiterer Schlag für die Filmwirtschaft ist der Rückzug wichtiger Maßnahmen wie eines geplanten Diversitätsbeirats, wodurch die Fortschritte in der Branche erheblich verzögert werden könnten, wie **BVFK** berichtet.

Julia Maier-Hauff, Geschäftsführerin des Produzent:innenverbands, appelliert eindringlich an die Politik, jetzt für Konsens einzutreten, um die Produktion von Filmen und Serien ab 2025 zu sichern. Auch die Zeichen innerhalb des Kulturausschusses deuten auf eine Möglichkeit hin, dass der Gesetzentwurf Unterstützung über alle Parteien hinweg erhält. Matthias von Fintel von ver.di betont jedoch, dass die Reform des Filmfördergesetzes unerlässlich sei, um faire Arbeitsbedingungen und ein Anheben der Tarifstandards herbeizuführen, und dass die Investitionsverpflichtung für Streaming-Anbieter ein Schlüsselthema bleibt, das von der nächsten Regierung angepackt werden muss. Die Erwartungshaltung ist hoch, und die Zeit drängt! □ Tagesspiegel □ □ BVFK □

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Roth, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.tagesspiegel.de• www.bvfk.tv

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at